



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Anton Kreitmair, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/9722, 17/10322

Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) – Unverhältnismäßige Belastungen der Landwirte verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- das erst in 2015 eingeführte sog. Frühwarnsystem bei Cross Compliance zu keinen unverhältnismäßigen Sanktionen im Falle von Wiederholungsverstößen führt, wie dies derzeit zum Beispiel bei verspäteten Bestandsveränderungen an die zuständige Behörde mittels HIT-Datenbank vollzogen wird,
- die nationale Umsetzung der jüngsten Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere die beschlossene Höhe der EU-Direktzahlungen und die Umschichtung von der ersten Säule in die 2. Säule i.H.v. 4,5 Prozent mindestens bis 2020 unverändert beibehalten werden,

- es im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu keiner Ausweitung der ökologischen Vorrangflächen über die festgeschriebenen 5 Prozent hinaus kommt,
- es zu spürbaren Vereinfachungen und zu praxisgerechten Lösungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik, insbesondere hinsichtlich des „aktiven Landwirts“, beim Greening, z.B. der Harmonisierung der Puffer- und Randstreifen sowie des Dauergrünlandstatus, kommt und
- dass die EU-Direktzahlungen auch in der nächsten Programmplanungsperiode nach 2020 weiterhin zur Stabilisierung der Landwirtschaft sowie zum Ausgleich der erhöhten Produktionsauflagen gegenüber dem Weltmarkt erhalten bleiben und dabei die besonderen Leistungen der bäuerlichen Familienbetriebe noch stärker gewürdigt werden. Ein aus den Direktzahlungen und damit zu Lasten der Landwirte finanzierter eigenständiger Umweltfonds, wie vom Bundesumweltministerium und verschiedenen Nichtregierungsorganisationen gefordert, ist entschieden abzulehnen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident